

Mitteilung zu Beschluss-Nummer 0730/2018/1.2

TOP: Resolution zur finanziellen Ausstattung der Landesbühne
Niedersachsen Nord GmbH

Zur o. g. Beschluss-Nr.

erhalten Sie weitere Anlagen.:

-Pressespiegel des Anzeigers für Harlingerland vom 21.11.2018

erhalten Sie eine neue Sitzungsvorlage. Diese ist gegen die alte
auszutauschen.

wird mitgeteilt:

Der Bürgermeister



-Schmelze-

- Ostfriesischer Kurier
- Ostfriesen-Zeitung
- Ostfriesische Nachrichten
- _Anzeiger für Harlingerland

Datum:

21.11.2018

Haushalt 2019: Jochen Beekhuis zufrieden

HANNOVER/WITTMUND/AH – Die Regierungsfractionen von SPD und CDU haben ihre Schwerpunkte für den Landeshaushalt 2019 präsentiert. SPD-Landtagsabgeordneter Jochen Beekhuis zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen: Die Förderung der kommunalen Theater soll erhöht werden. Von diesen Mitteln profitiere die Landesbühne Nord mit 420 000 Euro. Außerdem werde mit 350 000 Euro die Ostfriesische Landschaft unterstützt. Jochen Beekhuis unterstrich gestern in einer Erklärung den Erfolg für den ländlichen Raum. Bedarf bestehe nach Ansicht des SPD-Politikers bei der Hausärzterversorgung. **→ SEITEN 2, 19**

Positive Bilanz zum Landeshaushalt 2019

POLITIK Landtagsabgeordneter setzt sich für Stärkung des ländlichen Raumes ein

HANNOVER/WITTMUND/AH – Nach zwei Tagen intensiver Beratung haben die Regierungsfractionen von SPD und CDU ihre Schwerpunkte für den Landeshaushalt 2019 präsentiert. Im Fokus stand die „Politische Liste“ mit zahlreichen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rund 60 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2019. Der Haushalt wird im Dezember vom Landtag verabschiedet werden.

Der Landtagsabgeordnete Jochen Beekhuis (SPD) zeigte sich in einer Pressemitteilung höchst zufrieden mit den erzielten Ergebnissen: „Wir haben im Rahmen der abschließenden Beratung gut und hartnäckig verhandelt und eine ganze Reihe von sozialdemokratischen Wunschthemen durchsetzen können.“

Erfreut zeigte sich Beekhuis über die Erhöhung der Förde-



Landtagsabgeordneter Jochen Beekhuis. BILD: KLAUS HÄNDEL

rung der kommunalen Theater um drei Millionen Euro. Von diesen Mitteln profitiere auch die Landesbühne Nord mit rund 420 000 Euro. Zudem

würden auch die freien Theater mit einer Förderung in Höhe von 250 000 Euro in ihrer Arbeit unterstützt. Damit werde laut Beekhuis nicht nur mehr Sicherheit für die Kulturschaffenden in Niedersachsen hergestellt, sondern auch in die Vielfalt der regionalen Kulturlandschaft investiert.

Besonders, so Beekhuis, habe er sich für die Erhöhung der Zuschüsse an die Landschaften eingesetzt. „Der Erhalt und die Förderung unserer ostfriesischen Geschichte, Tradition und Sprache ist mir ein besonderes Anliegen. Von den zusätzlich bereit gestellten Mitteln in Höhe von 350 000 Euro werden nicht nur die Arbeit der Ostfriesischen Landschaft, sondern vor allem auch die Förderung der plattdeutschen Sprache erheblich profitieren“, so Beekhuis.

Eine zentrale Maßnahme

zur Verbesserung der Situation im ländlichen Raum ist nach Ansicht des SPD-Politikers der Einstieg in die Schulgeldfreiheit bei den Gesundheitsfachberufen sowie die bereitgestellten Mittel für die Verbesserung der Hausärzterversorgung. Hier bestehe nach Ansicht des SPD-Politikers erheblicher Bedarf.

Auch wenn die SPD nicht alle ihre Themen durchsetzen konnte, zog der Landtagsabgeordnete eine positive Bilanz zum Ergebnis der Haushaltsberatung. „Ich darf feststellen, dass wir gute Ergebnisse erzielt haben. Besonders vor dem Hintergrund der Bedeutung für unsere Region sorgt der Haushalt mit zahlreichen Investitionen in ganz unterschiedlichen Bereichen für eine deutliche Stärkung des ländlichen Raumes“, erklärte Beekhuis abschließend.

HANNOVER – „Die Stimme ist das Berufswerkzeug unserer Lehrerinnen und Lehrer“: Grant Hendrik Tonne weiß als Kultusminister und Polit-Profi, wie wichtig eine gut funktionierende Stimme in vielen Berufen ist. Daher hat der SPD-Politiker am Dienstag in Hannover gemeinsam mit der Professorin Ulla Beushausen von der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzmin-

Sprecherzieher Jan Appel für die Präventionskampagne „Stimme, Lärm, Akustik“ gewonnen.

Mit der Kampagne sollen Lehrkräfte lernen, ihre Stimme gezielt einzusetzen, um ungünstigen Lärmentwicklungen entgegenzutreten. „Hoher zeitlicher Stimmeinsatz in Verbindung mit ungünstiger Raumakustik sind sehr häufig Belastungsfaktoren. Umso wichtiger ist ein sensibler Umgang mit der eigenen Stimme, um Stimm-

das ‚Berufswerkzeug‘ gesund zu erhalten“, betonte Kultusminister Tonne. „Mit der Kampagne bieten wir entsprechende Stimmseminare für Lehrkräfte nun in allen Schulformen kostenlos an“, fügte der Minister hinzu.

Die zweitägigen Seminare beinhalten die Analyse des Sprechverhaltens in konkreten Sprechsituationen, vermitteln die Praxis der Stimmtechnik und bieten ein individuelles Coaching für die Stimme im Berufsalltag. Neben

se und der Vermeidung von anatomischen und funktionalen Grundkenntnissen der Stimmbildung beinhaltet das Seminar einen wesentlichen Zeitanteil für individuelles Stimm-Training. Die Kampagne „Stimme, Lärm, Akustik“ läuft über einen Zeitraum von zwei Jahren. Die Wissenschaftlerin Ulla Beushausen betonte, dass jede dritte Lehrkraft an einer Stimmstörung erkrankt. „Die Folgen können gravierend sein und bis zur Arbeitsunfähigkeit gehen.“

met. Bei einem Gottesdienst am Mittwoch wird der Geistliche Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Arend de Vries, dazu in den Turm der Kirche klettern, teilte die hannoversche Landeskirche mit. Die ursprünglich mit einem Hakenkreuz versehene Glocke bekommt danach eine neue Inschrift oder eine Überdeckung. An der Glocke hingen Emotionen, man kenne sie vom Klang, hatte die Gemeinde gegen den Abriss argumentiert.

Große Koalition investiert in Sicherheit und Bildung

HAUSHALT 2019 SPD und CDU wollen 67 Millionen Euro mehr ausgeben – Kein Geld für Weideprämie

VON KLAUS WIESCHEMEYER,
BÜRO HANNOVER

HANNOVER – Niedersachsens Regierungsfraktionen haben ihre Schwerpunkte für den Haushalt 2019 abgestimmt: SPD und CDU wollen demnach 67 Millionen Euro zusätzlich ausgeben. Zu den Schwerpunkten gehört eine Stärkung von Polizei und Verfassungsschutz, mehr Geld für Kultur, soziale Brennpunkte, Bildung und Inklusion.

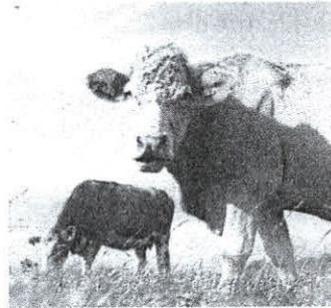
■ WEIDEPRÄMIE

Dafür hat die Groko kein Geld. Zwar hatte die SPD sechs Millionen Euro auf die Wunschliste geschrieben, doch schon zu Beginn der Verhandlungen mit der CDU ließ die Partei die

Forderung fallen. „Wir müssen erkennen: Wenn wir dieses Programm sinnvoll und sinnhaftig auf den Weg bringen wollen, brauchen wir viel mehr Geld“, sagte SPD-Fraktionschefin Johanne Modder. Man habe eingestehen müssen, dass das vorgesehene Geld nicht ausreicht. Modder verwies die Landwirte auf die nächste EU-Förderperiode, die 2021 beginnt. Ob eine Weideprämie dann möglich wäre, steht in den Sternen: Wahrscheinlich wird der EU-Haushalt im Bereich Agrar deutlich zusammengekürzt.

■ KULTUR

Rot/Schwarz will die Kommunalen Theater im kommenden Jahr mit drei Millionen



Keine Prämie für weidende Kühe
DPA-BILD: STRATENSCHULTE

Euro fördern, eigentlich hatte das Land das Doppelte in Aussicht gestellt. CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer sprach von einem „sehr ordentlichen Beitrag“. Beide Fraktionen forderten Kulturminister Björn Thümler (CDU) auf, den Zu-

schuss ab 2020 in den ordentlichen Haushalt aufzunehmen und so zu verstetigen, sodass das jährliche Gefeilsche über die politische Liste aufhört. Für weitere Kultureinrichtungen gibt es insgesamt 5,7 Millionen Euro.

■ SCHULGELD

Mit zunächst 1,51 Millionen Euro will das Land im kommenden Jahr in die Schulgeldfreiheit für Therapieberufe einsteigen. Auf Dauer dürfte der Bedarf in den Gesundheitsberufen auf zwölf Millionen Euro anwachsen. Die Fraktionen sehen die Übernahme des Schulgelds auch als Standortfaktor: In Bremen ist es schon abgeschafft, Nordrhein-Westfalen schießt

den Berufsanfängern den Großteil der Kosten bereits zu.

■ HOCHSCHULEN

Die Groko macht den Weg frei für 50 Digitalprofessuren im Land. Im kommenden Jahr sollen die ersten 17 starten, der Rest bis 2022 folgen. Zudem sollen Lehramts-Universitäten zusätzliche sechs Millionen Euro bekommen.

■ SICHERHEIT

Der Verfassungsschutz soll um 50 Stellen verstärkt werden, 30 Dienstposten von der Polizei zum Geheimdienst wandern. Außerdem wollen die Fraktionen 200 zusätzliche Polizeianwärter, 15 Gerichtswachtmeister und 20 Justizvollzugsbeamte einstellen.